

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 14 (1973)
Heft: 1

Artikel: Bulgarien : Probleme des problemlosen Satelliten
Autor: Larrabee, Stephen
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095053>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Stephen Larrabee

Bulgarien — Probleme des problemlosen Satelliten

Gekürzt aus «Osteuropäische Rundschau», München

Bulgarien scheint von allen osteuropäischen Ländern politisch das uninteressanteste zu sein, weil die Sowjetunion mit diesem gehorsamsten unter ihren Satelliten offenbar zu keinem Zeitpunkt irgendwelche Schwierigkeiten auch nur von einigem Ausmass gehabt hat. Im Gegensatz zu andern Sonderfällen ist Bulgarien ein Sonderfall höchstens als Ausbund sowjetnormierter Normalität. Wie ist das zu erklären?

Fast eine ausländische Sowjetrepublik

Im Gegensatz besonders zu Rumänien, das die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit von der sowjetischen Vorherrschaft in immer stärkerem Masse anstrebte, hat Bulgarien die Bindungen an die Sowjetunion nicht nur aufrechterhalten, sondern sogar verstärkt. Im neuen Parteiprogramm wird betont, «Eckstein der Innen- und Aussenpolitik der bulgarischen Kommunistischen Partei (sei und bleibe) die brüderliche Freundschaft und Zusammenarbeit mit der KPdSU und die immer enger und tiefer werdende Annäherung zwischen Bulgarien und der Sowjetunion».

Im wirtschaftlichen Bereich hat diese «immer enger und tiefer werdende Annäherung» zu einer wachsenden Integration der beiden Volkswirtschaften geführt. Offiziell proklamiert wurde diese Politik von Todor Schiwkoff auf dem ZK-Plenum vom Juli 1968; anlässlich des Plenums vom September 1969 hat der bulgarische Parteichef seine Vorstellungen dann präzisiert. Schiwkoff betonte, dass Sofia vorhabe, «in einer Anzahl von Wirtschaftsbereichen allmählich zu einer gemeinsamen Planung mit der UdSSR» zu kommen. Die enge Integration der beiden Volkswirtschaften wurde in einer Reihe von

Wirtschaftsabkommen im Mai 1969, August 1970 und November 1970 formell besiegelt.

Wie ist dieses Paradox zu erklären? Alle Staaten in diesem Gebiet weisen ungefähr die gleiche Grösse auf und begannen ihre wirtschaftliche und soziale Wandlung nach dem Zweiten Weltkrieg auf etwa der gleichen Entwicklungsstufe. Warum stellt Bulgarien unter ihnen eine solche Ausnahme dar? Hier sind vor allem drei Faktoren zu nennen: erstens die historische Bindung an die Sowjetunion; zweitens das Ausmass der sowjetischen Hilfe; drittens die Schwäche der bulgarischen Führungsschicht. Die kombinierte Wirkung dieser drei Faktoren hat die bulgarische Nachkriegsentwicklung massgeblich bestimmt.

Die traditionelle Verbindung zwischen Bulgarien und Russland geht auf die Befreiung Bulgariens von den Türken durch die Russen im Jahre 1878 zurück und ist immer wieder durch kulturelle, sprachliche und religiöse Bande verstärkt worden; noch gewichtiger erscheinen jedoch die beiden anderen Faktoren — der Umfang der sowjetischen Hilfe und die Unsicherheit der bulgarischen Führungsschicht.

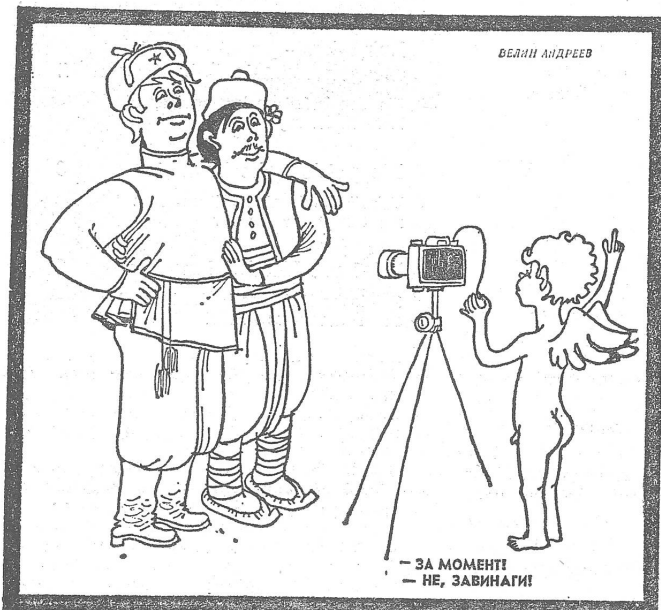
Sowjetische Kredite haben unleugbar zur erheblichen Beschleunigung der Industrialisierung

Bulgariens beigetragen. Wie stark die Sowjetunion die bulgarische Industrialisierung unterstützte, geht aus der Tatsache hervor, dass bis 1967 mehr als 130 grosse Industrieunternehmen, die 85 Prozent der bulgarischen Eisenmetalle, 95 Prozent der NE-Metalle, 55 Prozent der chemischen Erzeugnisse, 70 Prozent der elektronischen Produkte erzeugen und gar 100 Prozent der Wertproduktion umfassen, mit sowjetischer Hilfe gebaut worden sind. Nach Schätzungen hielten sich im selben Jahr 5000 sowjetische Spezialisten in Bulgarien auf. Der Kreml hatte seine Gründe, diese hohen Summen in Bulgarien zu investieren, ohne dafür grosse wirtschaftliche Gegenleistungen zurückzuerhalten. In erster Linie festigten diese Kredite die Abhängigkeit und Loyalität Bulgariens und ermöglichen der Sowjetunion eine ständige Präsenz auf dem Balkan, der mit zunehmendem sowjetischem Interesse am Nahen Osten für Moskau immer wichtiger wird. Zudem scheint die Hilfe dazu bestimmt, Bulgarien zu einem Schaufenster des sozialistischen Aufstiegs zu machen. Das Muster der wirtschaftlichen Entwicklung in Bulgarien, in der sich eine hohe Wachstumsrate und eine stark zentralisierte Wirtschaft mit einer umfangreichen sowjetischen Beteiligung verbinden, würden die Sowjets gern als Beispiel für die anderen osteuropäischen Staaten hinstellen — wenn nicht als bestmögliches Modell, so doch als Alternative zu den dezentralisierenden Reformen, die in anderen osteuropäischen Ländern wie Ungarn und Jugoslawien durchgeführt wurden. Und schliesslich bietet das bulgarische Modell mit seinem Schwerpunkt auf enger Koordinierung und Integration mit der sowjetischen Wirtschaft ein Beispiel für die Richtung, die der Comecon einschlagen würde, wenn es allein nach den sowjetischen Wünschen ginge. Sofia hat wissen lassen, die augenblicklich in Bulgarien entwickelte und praktizierte Form der Koordination sei die natürliche Antwort auf das Programm der sozialistischen Integration, wie es in den Resolutionen der 23. und der 24. Comecon-Ratstagung festgelegt worden sei.

Der Preis der innenpolitischen Stabilität

Dieser Fortschritt der bulgarischen Wirtschaft musste indessen mit dem Verlust der politischen Unabhängigkeit bezahlt werden.

Die einseitige Fixierung des Handels, der zu 80 Prozent mit dem Comecon und zu über 60 Prozent mit der Sowjetunion allein abgewickelt wird, schliesst fast automatisch jede grössere aussenpolitische Initiative aus, die den sowjetischen Interessen zuwiderlaufen würde. Am stärksten wirkte sich vermutlich die Unsicherheit und Instabilität innerhalb der Führungsschicht der BKP aus; Schiwkoff sah sich gezwungen, ständig nach Moskau zu blicken, um seine Position zu festigen. Er ist zwar seit 18 Jahren an der Macht — die längste Zeit, die der Führer eines Warschauer-Pakt-Staates für sich beanspruchen kann —, doch übte er diese Macht vor allem in den ersten Jahren mehr nominell als real aus. Erst auf dem VIII. Parteikongress im November 1962 gelang es Schiwkoff, mit Chruschtschews Hilfe die Gruppenrivalitäten zu überwinden, die die Partei seit seinem Aufstieg zum Posten des Ersten Sekretärs im Jahre 1954 immer wieder erschütterten hatten. Der überstürzte Bulgarienbesuch Chruschtschews im Mai 1962 trug erheblich dazu bei, Schiwkoffs Macht zu etablieren und



Eine positive Karikatur auf die Freundschaft zwischen UdSSR und Bulgarien. Die beim Knipsen eines Familienbildes übliche Aufforderung «Moment, bitte!» beantworten die Freunde mit einem ehernen «Nein, immerdar!» («Starschel», Sofia)

Uebrigens halte seinerzeit auch die Freundschaft mit China Anspruch auf Ewigkeit gehabt. Allerdings ist China grösser als Bulgarien.



Bulgarien ist das osteuropäische Land, das der Sowjetunion seit bald fünf Jahren ein festes Kontingent an Fremdarbeitern stellt. Es handelt sich um rund 5000 Holzarbeiter, die gemeinsam im Taigagebiet der ASSR Komi beschäftigt werden. Normalerweise ist die am stärksten entwickelte DDR der Zielpunkt des schwachen Arbeitskräfteexports innerhalb des RGW, aber mittlerweile verläutet gerüchelt, dass die UdSSR ihr Interesse an jugoslawischen Fremdarbeitern bekundet hat. Bild: Bulgarische Holzarbeiter in Komi.

ihn endgültig quasi als ersten Favoriten herauszustellen. Trotz dieser politischen Schuld gegenüber Chruschtschew zögerte Schiwkoff nicht lange und übertrug seine Loyalität rasch auf das neue Team Breschnew-Kossygin; die sowjetische Unterstützung per se sichert ohnehin Schiwkoffs Macht besser ab als die persönliche Ergebenheit gegenüber einem bestimmten Führer.

Seit dem VIII. Parteikongress im Jahre 1962, als Anton Jugoff und Georgi Zankoff aus dem ZK und Tschervenoff aus der Partei ausgeschlossen wurden, hat der bulgarische Parteichef allem Anschein nach keine ernsthaften Rivalen mehr. Und sollte Mitko Grigoroff eine Zeitlang Führungsansprüche geltend gemacht haben, so sind sie spätestens seit 1966 zunichte; in jenem Jahr wurde er aus dem Politbüro verstoßen.

Doch obwohl es Schiwkoff gelungen ist, durch Lieabügeln mit der Sowjetunion und Ausmanövrieren seiner politischen Rivalen an der Macht zu bleiben, hat er weder in den Reihen der Partei noch in der Bevölkerung wirkliche Autorität erworben. Als Funktionär, der in der Partei langsam nach oben gekommen ist, verkörpert er den Typ des «pseudocharismatischen Führers» von wenig überzeugender politischer Statur. Dazu kommt noch der Preis für die Konsolidierung von Schiwkoffs Macht: Verlust der politischen Flexibilität und Unabhängigkeit.

Schiwkoffs Unfähigkeit, legitime Autorität für sich in Anspruch nehmen zu können, zeigte sich wahrscheinlich am schlagartigsten anlässlich der erfolglosen Verschwörung vom April 1965. Zwar sind noch heute die Einzelheiten nicht bekannt, doch erscheint die starke Beteiligung der Militärs bezeichnend. Sechs der neun Verschwörer hatten Verbindung zum Militär. Wichtigster Mann war Generalmajor Aneff, Kommandant der in Sofia stationierten Garnison. Zwei andere, Mitscho Mitscheff und Ljuben Dinoff, waren Generalmajore im aktiven Dienst. Zwischen den Verschwörern scheint eine persönliche Freundschaft bestanden zu haben, die auf der gemeinsamen Partisanenzeit beruhte.

Die Verschwörung ging kaum fünf Monate nach Chruschtschews Sturz über die Bühne. Anscheinend handelten die Anführer, die noch vor Ausführung ihrer Pläne entdeckt wurden, in der Hoffnung, die durch den Sturz des Sowjetführers entstandene Unsicherheit und Ungewissheit gegen Schiwkoff ausspielen zu können. Nach

aussen hin wurden die Verschwörer beschuldigt, eine prochinesische Haltung einzunehmen, doch ist wahrscheinlicher, dass sie von Schiwkoffs Unterwürfigkeit gegenüber Moskau enttäuscht waren und eher eine Politik nach rumänischem Muster befürworteten als nach albanischem. Und die zweifellos bestehenden prochinesischen Strömungen verfolgten wohl eher das Ziel, unter Ausnutzung des sowjetisch-chinesischen Gegensatzes mehr Spielraum für eine unabhängigere Aussenpolitik zu gewinnen, als den Wunsch, sich dem chinesischen Lager anzuschließen.

Seit 1966 hat Schiwkoff seine Macht im Politbüro und seine Kontrolle über die Partei festigen können, doch bedeutet das noch lange nicht, dass er unverwundbar wäre. Wie immer die Fassade aussehen mag, der Konflikt ist dem kommunistischen System inhärent: Jeder Führer muss hinter der Bühne ständig einen harten Kampf um die Wahrung oder Verbreiterung seiner Machtbasis führen.

Vollstrecker der Moskauer Balkanpolitik

Schiwkoffs Anlehnung an Moskau und überhaupt seine Reputation als Moskauer Mann in Sofia haben dazu geführt, dass Bulgarien ausserpolitisch das loyalste und gehorsamste Mitglied des Warschauer Paktes ist. Bis zu einem gewissen Grade gleicht seine Position sogar einem Spiegelbild der sowjetischen Politik. Die «brüderliche Freundschaft und Zusammenarbeit» mit der KPdSU, ist «der Eckstein» der bulgarischen Politik, die indessen mehr durch ihre Passivität als durch ihre Aktivität auffällt. Denn echte Beispiele einer unabhängigen bulgarischen Aussenpolitik existieren ganz einfach nicht.

Die grössten diplomatischen Initiativen hat Bulgarien während der letzten Jahre zweifellos auf dem Balkan unternommen. Nach einem Jahrzehnt diplomatischer Stagnation begann Sofia Mitte der sechziger Jahre aktiv zu werden, vor allem um die Differenzen mit seinen Nachbarn beizulegen. Diese ersten Bemühungen um eine Annäherung erlitten durch die bulgarische Teilnahme an der sowjetischen Intervention in der Tschechoslowakei einen zeitweiligen Rückschlag, und im Falle Griechenlands störte der Putsch der Obristen vom April 1967 den ungestörten Fortgang der Initiativen. Nichtsdestoweniger wollte man verlorenes Terrain zurückerobern und dabei nicht nur die bilateralen Bezie-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Am Dimitroff-Mausoleum in Sofia. Georgi Dimitroff, Generalsekretär der Komintern und nach dem Zweiten Weltkrieg bulgarischer Partei- und Regierungschef, war Stalin anscheinend wegen seiner Sympathien zu Tito und seiner Vorstellungen über eine Balkan-Föderation suspekt geworden. Er wurde 1949 in die Sowjetunion eingeladen und starb dort. Zwei bis drei Jahre später begannen die Schauprozesse gegen die osteuropäischen KP-Führer in Ungarn und der Tschechoslowakei. Dass Dimitroff dank seinem diskreten Tod kein bulgarischer Slansky zu werden brauchte, hat dem offiziellen Verhältnis zwischen Moskau und Sofia wahrscheinlich einige Peinlichkeiten erspart.



Brigadeleiter in einer bulgarischen Kolchose. In der Landwirtschaft ist Bulgarien mit seinem Versuch zu Grosskomplexen sogar in der «Frontlinie» der Entwicklung nach sowjetischen Vorstellungen.

(Fortsetzung von Seite 3)

hungen, sondern auch die multilaterale Zusammenarbeit im Auge behalten. Teil dieser Kampagne war die Unterzeichnung eines neuen Zwanzigjahresvertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand mit Rumänien, ein Besuch des türkischen Premierministers Suleyman Demirel, in dessen Verlauf ein Konsularabkommen unterzeichnet und eine Erweiterung des kulturellen Austausches vereinbart wurde, schliesslich die Normalisierung der Beziehungen zu Albanien.

Am bemerkenswertesten erscheint wohl, dass seit dem Athenbesuch des ehemaligen bulgarischen Aussenministers Bascheff im Mai 1970 ungeachtet der antikommunistischen Rhetorik des griechischen Regimes das Verhältnis zu den Oribsten immer besser geworden ist. Die Annäherung zeigt sich in einem neuen 8-Punkte-Plan, der entgegenkommender ist als alles, was ein kommunistisches Land Griechenland bisher zugestanden hat. Einer der acht Punkte sieht vor, bulgarischen Gütern im Hafen von Saloniki Transiterleichterungen zu gewähren. Dadurch würde Bulgarien den langersehnten Zugang zum Aegäischen Meer erhalten und möglicherweise sogar indirekt für eine Verstärkung des sowjetischen Einflusses in diesem Gebiet sorgen.

Hervorgetan hat sich die bulgarische Aussenpolitik auch durch Stillschweigen während der Polemik gegen Rumänien im Sommer 1971. Im Normalfall ist Bulgarien der gehorsamste und wortgewaltigste Sprecher des Kremls, doch hätte es sich den Angriffen gegen Rumänien angeschlossen, hätte es einen grossen Teil des während der vorangegangenen achtzehn Monate aufgebauten Vertrauens zerstört und die Glaubwürdigkeit seiner Balkanpolitik in Frage gestellt. Sowjets wie Bulgaren dürften es als die beste Lösung angesehen haben, die Polemik anderen, etwa den Tschechen und Ungarn, zu überlassen.

Das klassische Beispiel der Beziehungen zu Jugoslawien

Wie sehr die bulgarische Politik der sowjetischen untergeordnet ist, zeigt deutlich die jüngste Entwicklung der bulgarisch-jugoslawischen Beziehungen.

Das grösste Hindernis für ein gutes Verhältnis zwischen beiden Ländern war schon immer die mazedonische Frage. Der Streit bewegte sich um die bulgarische Auffassung, die Mazedonier seien ethnisch gesehen Bulgaren. Die Bulgaren waren zwar bereit, die Mazedonen als integralen Teil der jugoslawischen Föderation anzuerkennen, weigerten sich aber, eine eigenständige mazedonische Nationalität zuzugeben. Die Polemik der vergangenen Jahre entzündete sich deshalb oft an scheinbar obskuren linguistischen Streitfragen. Doch sind gerade solche Themen für die Jugoslawen von mehr als nur akademischem Interesse, und ihre Reaktion beweist, dass sie die Sprach- oder Geschichtsdebatten als eine versteckte Form territorialen Irridentismus ansehen, der von späteren Generationen benutzt werden könnte, um ganz bestimmte Ansprüche an den jugoslawischen Staat zu stellen.

Das Wiederaufleben der Polemik in den Jahren 1967/68 hing mit innenpolitischen Schwierigkeiten, nämlich mit der von Schiwkoff in Gang gebrachten «patriotischen Kampagne», genauso eng zusammen wie mit aussenpolitischen Problemen. Die damalige Kontroverse wurde deshalb so heftig, weil in Sofia Helden und Ereignisse als Bestandteil des nationalen bulgarischen Erbes gefeiert wurden, die man wiederum in Belgrad und Skoplje erzmazedonische nannte. Die Polemik um Mazedonien hat sich als zuverlässiges Barometer für den Stand der sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen erwiesen, und gerade in diesem Zusammenhang waren 1972 die interessantesten Entwicklungen zu verzeichnen. Für niemanden überraschend brach der Streit während der im Sommer 1971 von den Sowjets in Gang gebrachten Kampagnen gegen Rumänien wieder aus. Dieses Aufklackern dürfte die Jugoslawen, die die sowjetische Politik auf dem Balkan seit langem kritisch beurteilen, daran erinnern haben, dass sie aussenpolitischem Druck gegenüber anfällig bleiben. Der Konflikt erreichte einen neuen Höhepunkt, als die Skopljer Tageszeitung «Nova Makedonia» Ende Oktober unter dem Titel «Der tote Stern von San Stefano» einen Leitartikel abdruckte, in dem die bulgarische Haltung gegenüber Mazedonien angegriffen und Sofia vorgeworfen wurde, es melde «offene Ansprüche territorialer und anderer Art» an, die auf einer «höchst konservativen und brutalen, grossbulgarischen und chauvinistischen Indoktrination» beruhten.

Kurz nach Breschnews Belgradbesuch im September 1971 änderte sich die bulgarische Politik. Charakteristisch dafür war die Entlassung von Boris Krumoff, Chefredakteur der bulgarischen Zeitschrift «Anteni», die ein antijugoslawisches Gedicht eines jugoslawischen Emigranten veröffentlicht hatte. Als Grund wurde angegeben, dass «seine Tätigkeit mit der aussenpolitischen Linie des ZK nicht vereinbar» sei. Wenig später fand ein «langes und freundliches» Gespräch zwischen dem bulgarischen Premierminister Stanko Todoroff und dem jugoslawischen Botschafter in Bulgarien Ante Drndic statt. Schliesslich erfolgte die Unterzeichnung eines in mazedonischer Sprache abgefassten beiderseitigen Freundschaftsabkommens — zweifellos eine merkliche Konzession der bulgarischen Seite, die sich seit 1966 geweigert hatte, in mazedonischer Sprache abgefasste Dokumente anzuerkennen.

Die bulgarische Kehrtwendung war kein Zufall.

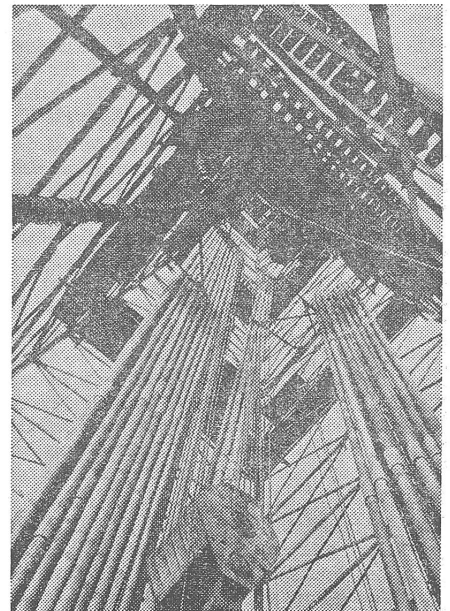
Dass sowjetische Interessen oder gar Wünsche im Spiele sind, beweist die Entwicklung, die eintrat, nachdem Breschnew seine Rückreise von Belgrad nach Moskau in Sofia unterbrochen hatte. Marschall Gretschkos Besuch in Jugoslawien konnte nur eine Bestätigung dieses Trends sein.

Doch kann diese Entwicklung nicht so ausgelegt werden, als sei die mazedonische Frage jetzt unter den Teppich der Geschichte gekehrt. Je näher die Zeit rückt, in der Tito nicht mehr an der Spitze des jugoslawischen Staates stehen wird, desto stärker sind sich sowohl Bulgaren wie Sowjets bewusst, dass der jahrhundertalte Balkannationalismus weiterleben und zu eigenen Gunsten ausgenutzt werden kann. Vermutlich haben sogar beide Seiten ein Interesse daran, diese Fragen irgendwann in der Zukunft wieder einmal aufwerfen zu können. Im Augenblick allerdings sind die Polemiken nur verbesserte sowjetisch-jugoslawische Beziehungen zweitrangig geworden; im Mittelpunkt stehen Vorbereitung und Einberufung der europäischen Sicherheitskonferenz. Doch kann sich das rasch ändern. Die Quellen der Spannung zwischen Bulgarien und Jugoslawien sind daher eher zeitweilig verschüttet als für immer versiegt.

Tendenz zur wirtschaftlichen Rezentralisierung

Die Rückkehr zur Orthodoxie in der Aussenpolitik seit 1967 war von einer Verkrampfung in der Innenpolitik begleitet, die sich besonders in der Wirtschaft bemerkbar machte.

In welchem Masse dieser innenpolitische Rückzug aus bulgarischen Bedürfnissen zu erklären ist, oder wie weit er von der Sowjetunion beeinflusst wurde, ist nicht ganz klar. Es gab Spekulationen darüber, dass die bulgarische Reform mit ihrem Schwerpunkt auf Zentralisierung und Computertechnik einen sowjetischen Wunsch widerspiegeln, Bulgarien als Versuchsmodell für einen Reformtyp zu benutzen, der auch in einigen sowjetischen Gebieten eingeführt wer-



Bohrturm bei Dolni-Dabnik. Aus einem Agrarland ist Bulgarien zu einem halbindustrialisierten Land geworden.

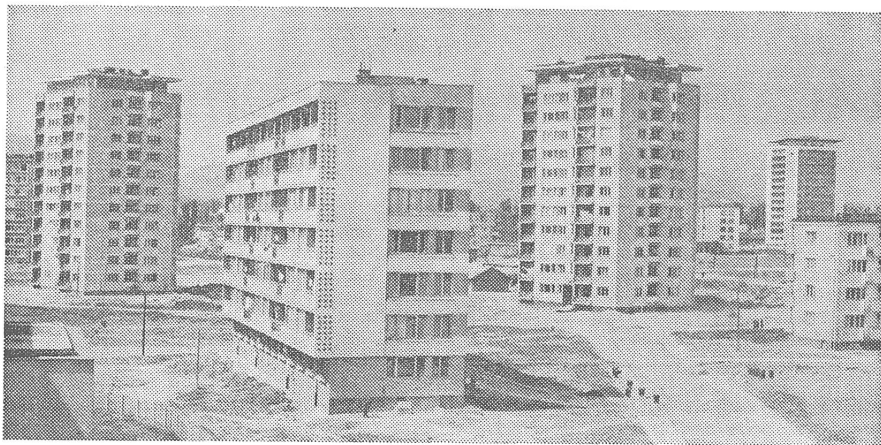
den könnte; doch fehlen direkte Bestätigungen oder Beweise. Die Rezentralisierung und die besonders enge Bindung an die sowjetische Volkswirtschaft dürften zum Teil eine Reaktion auf den Prager Frühling und seine «Auswüchse» darstellen. Während in der Tschechoslowakei lange Zeit Uebereinstimmung darüber bestand, dass ein «modernes, pluralistisches und demokratisches System eine wesentliche Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung» sei, herrschte in Bulgarien die allgemeine Ueberzeugung vor, die wirtschaftliche Weiterentwicklung müsse ohne den politischen Pluralismus gelingen, denn diese Pandora-Büchse stelle eine Gefahr für die führende Rolle der Partei dar.

Als nach Jahren der Diskussionen und Experimente das bulgarische Reformprojekt (NEM) im Dezember 1965 allgemein bekannt wurde, enthielt es ein Mass an Dezentralisierung, das sich im Vergleich mit anderen seinerzeit in Osteuropa geplanten oder durchgeführten Reformen sehen lassen konnte. Die «Dezemberthesen» waren auf dem Papier ein liberales Dokument. Doch zum einen wurden viele der fortschrittlichsten Bestimmungen im Laufe der Jahre über Bord geworfen, zum anderen kam die Reform so langsam und stückweise zum Zuge, dass am Schluss nur ein Torso übrig blieb. Die Kehrtwendung wurde dann auf dem ZK-Plenum vom Juli 1968 vollzogen, auf dem die Führung sich eindeutig für eine Rückkehr zu stärkerer Zentralisierung entschied. Das neue Reformkonzept, das Schiwkoff auf diesem Plenum vorschlug, reduzierte die Autonomie der Wirtschaftsbetriebe, erweiterte die Zahl der von der Zentrale festgesetzten Indizes, Limits und Normen und legte den Schwerpunkt auf den Einsatz elektronischer Hilfsmittel. Schiwkoff liess keinen Zweifel daran, dass die Ausnutzung der wissenschaftlichen Revolution eine Abwendung vom Konzept der «Planung von unten» bedeute, wie sie in den Reformthesen vom Dezember 1965 ausgearbeitet worden war.

Der Trend zur Rezentralisierung, auf dem Septemberplenium 1969 bekräftigt, wurde durch die Reorganisation der Staatsunternehmen Anfang 1971 schlagartig beleuchtet. Ein wesentlicher Teil der wirtschaftlichen Macht ist jetzt auf 64 Trusts oder Vereinigungen konzentriert. Für die einzelnen Betriebe bedeutet das den Verlust eines grossen Teils ihrer rechtlichen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit. Sie sind zu Zweigen oder Unterabteilungen der Trusts geworden. Der Trust ist nicht mehr nur eine administrative Organisation, sondern eine grosse Wirtschaftseinheit. Jetzt schlagen sich die Aussenhandlungsergebnisse in den Gewinnen der Vereinigungen nieder, und auch die Kapitalinvestitionen werden allein von diesen kontrolliert. Eine wichtige Neuerung liegt darin, dass der Wirtschaftsvereinigung ein wissenschaftliches Forschungs- und Entwicklungszentrum angegliedert ist. Alle Geldmittel sind im Trust zentralisiert; dieser ist für die Erweiterung der Produktionskapazität ebenso verantwortlich wie für die wirtschaftliche und technische Entwicklung der einzelnen Zweigbetriebe.

In der Agrarpolitik vielleicht das Versuchsmodell sogar für die UdSSR

Eine der wichtigsten Neuerungen — die womöglich eines Tages auch die Entwicklung in anderen osteuropäischen Ländern beeinflussen



Neue Wohnquartiere in Sofia.

wird — stellen die sogenannten agroindustriellen Komplexe (AIK) dar.

Mit ihrer Hilfe sollte es möglich sein, rascher und wirksamer auf die Erfordernisse des wissenschaftlichen und technologischen Fortschritts zu reagieren. Die AIK entstanden in der sogenannten dritten Phase der landwirtschaftlichen Reorganisation, die neue und höhere Formen der Konzentration erforderlich machte, da Bulgarien (nach offizieller Meinung) das Stadium einer «entwickelten sozialistischen Gesellschaft» erreicht hatte.

Der Gedanke einer neuen Form der Zusammenarbeit zwischen Industrie und Landwirtschaft wurde erstmals von Schiwkoff auf dem ZK-Plenum vom Juli 1968 vertreten. Der erste AIK entstand Ende 1968 auf experimenteller Basis im Distrikt Kardschali; im November 1968 erteilte das ZK Schiwkoffs Vorschlag die offizielle Zustimmung. Die nächsten beiden experimentellen Komplexe entstanden Anfang 1969 im Distrikt Wraza. Die Versuchsphase endete im Frühjahr 1970. Auf dem Plenum vom April 1970 beschloss die Führung der BKP, die AIK auf das ganze Land auszudehnen. Heute bestehen 170 AIK mit einer durchschnittlichen Kulturfläche von 24 000 Hektaren und einer Belegschaft von 6500 Personen; sie sind damit den grössten Industriebetrieben des Landes vergleichbar. Die AIK entstehen durch freiwilligen Zusammenschluss mehrerer LPG oder Staatsgüter, vorzugsweise in Gebieten mit ähnlichen Boden- und Witterungsverhältnissen und ökonomischen Bedingungen.

Die Komplexe haben eine gemeinsame materielle und technische Grundlage, beispielsweise in Form eines agrochemischen Zentrums mit modernen Maschinen, einem gemeinsamen Lkw-Park, zentralen Einkaufsstellen, Lagerhäusern und Reparaturwerkstätten. Hauptziel ist die beschleunigte landwirtschaftliche Spezialisierung und Konzentration und die Einführung industrieller Technologien und Methoden in Produktion und Management. Von der Konzentration verspricht man sich 1. eine Erhöhung der Produktion; 2. eine Senkung der Gesteungskosten; 3. hohe Rentabilität und 4. verbesserte Konkurrenzfähigkeit bulgarischer Erzeugnisse auf dem internationalen Markt. Schliesslich sollen die AIK dazu beitragen, die Arbeits- und Lebensbedingungen auf dem Land an das städtische Niveau anzugleichen.

Im übrigen bestehen Pläne, die AIK noch stärker zu erweitern. Als Fidel Castro im Sommer 1972 Bulgarien besuchte, begleitete ihn Schiwkoff in den Distrikt Tolbuchin, die wichtigste Agrarregion des Landes, und erklärte seinem Gast dort, der Prozess der Integration, Spezialisierung und Intensivierung werde so lange fortgesetzt, bis ein AIK eines Tages einen ganzen Distrikt umfasse; was bedeuten würde, dass Bulgarien in 28 AIK mit einer Durchschnittsgrösse von rund 170 000 Hektaren aufgeteilt wäre.

Kultur: Die Schrauben angezogen, noch bevor sie locker wurden

Insgesamt gab es in Bulgarien keine Aufweichung der ideologischen Kontrolle, eher eine Verhärtung.

Dieser Prozess begann mit der Reorganisation des Komitees für Kultur und Kunst im September 1966. Damit war dem kurzlebigen Tauwetter, das auf den Putschversuch vom April 1965 gefolgt war, ein Ende bereitet. Sofia glaubte die durch das Tauwetter nach der Aprilverschwörung ausgelösten liberaleren Impulse wieder unter Kontrolle bekommen zu müssen. Durch die erwähnte Reorganisation wurde die Ueberwachung der einzelnen Künstlervereinigungen verstärkt und eine Einengung aller künstlerischen Ausdrucksformen beschleunigt. Seit damals hat in drei Punkten gesehen: 1. der Bemühung, die kulturellen Institutionen zu zentralisieren, das Komitee für Kultur und Kunst mit erhöhter Autorität zu versehen und letzteres als Instrument der Koordination einzusetzen; 2. der Hervorhebung der konstruktiven Rolle der Kultur in der Entwicklung der bulgarischen Gesellschaft bei gleichzeitiger Unterdrückung thematischer und stilistischer Experimente sowie weitgehender Ausschaltung widerspenstiger Künstler und Kulturkritiker; 3. der damit verbundenen Intensivierung der Kampagne gegen die angebliche Bedrohung durch westlichen bourgeoisen Einfluss und dem Aufbau einer «Kulturfront» gegen die politische Apathie grosser Teile der Bevölkerung, besonders der Jugend. Dabei ist es jedoch keineswegs gelungen, alle Schriftsteller auf die ideologische Linie der Partei zu verpflichten. Auf dem 2. Kongress des bulgarischen Schriftstellerverbandes (November 1971) wurden zwei der bekanntesten Autoren,

(Fortsetzung auf Seite 6)

Alternativen zur Diktatur in der UdSSR

Die patriotische Variante

Von Valerij Tarsis

In ZB Nr. 25/1972 hatte Valerij Tarsis unter den gedachten Alternativen zur Sowjetdiktatur das Aktionsprogramm von Akademiestmitglied Anatolij Fedossejew vorgestellt, der sich seit einigen Monaten im Westen aufhält. Heute befasst er sich mit den Vorstellungen von Roman Redlich, die insofern völlig anders gelagert sind, als sie nicht dessen Wünsche, sondern dessen Prognosen zu einem möglichen Alternativverhalten der Machthaber ausdrücken.

Eine andere Variante legt der seit langem im Westen ansässige antikommunistische Publizist Roman Redlich vor. Er ist Autor der Bücher «Die Stalinschicht» und «Die Sowjetgesellschaft», die (auf russisch) im Westen veröffentlicht wurden und belegen, mit wieviel Sorgfalt und Verständnis Redlich die innenpolitische Entwicklung seiner ehemaligen Heimat verfolgt.

Weil der Dialog mit den Machthabern verunmöglicht ist...

Ebenso wie Akademiestmitglied Fedossejew konstatiert er die unumstößliche Tatsache, dass sich die Sowjetdiktatur in einer Sackgasse befindet. Sie vermag keine auch nur einigermaßen erträgliche Lebensbedingungen für die Bevölkerung herbeizuführen, «weil alle Massnahmen des Regimes vom Volk spontan sabotiert werden».

Aussichtslos sind auch die legalen Formen der Befreiungsbewegung. Dies anerkennen die Oppositionellen selbst.

Nach Chruschtschew wurde im Lande ein Regime des abgeschwächten Stalinismus eingesetzt, und von Zusammenarbeit der Machthaber mit den gesellschaftlichen Organisationen und mit Persönlichkeiten wie Sacharow, Tschalidse und den Medwedews kann keine Rede sein. Im

Gegenteil — die Repression verstärkt sich. Der Prozess gegen Bukowskij vor einem Jahr, die Verhaftung von Jakir und anderen illustrieren das anschaulich.

Redlich weist zu Recht darauf hin, dass «zum 24. Parteikongress die regierende Oligarchie konsequent auf die Chruschtschewschen Versuche verzichtete, im Volk Unterstützung zu bekommen, und Kurs auf eine Festigung der Partei-Grundlage nahm. Die Millionen von Funktionären im Parteiparat sind ihre einzige Stütze; das ist jetzt ihre Macht. Sie sind ihr ergeben, und nur in ihrer Person hat die Partei den Willen zur Macht bewahrt, und nur mit ihren Händen behauptet sie ihn tagtäglich in der Praxis».

Die Gedanken Sacharows und das Beispiel der CSSR

Welchen Ausweg gibt es nun aus dieser Sackgasse? Redlich sieht zwei Möglichkeiten; «Möglichkeiten» besagt, dass es sich nicht unbedingt um die Gesellschaftsformen handelt, die Redlich selbst für optimal hält, sondern um jene, die sich laut ihm als relativ bessere Alternativen zum jetzigen Regime am ehesten verwirklichen lassen.

Die Variante «Demokratisierung des Sowjet-

systems» ist sehr konkret im Memorandum-Brief von Sacharow, Turtshin und Medwedew vom 19. März 1970 an die Adresse Breschnews, Kossygin und Podgornyjs enthalten. Wie Sacharow schon in seinen «Gedanken», dem Memorandum von 1968, schrieb, kämpft die demokratische Bewegung für sie, indem sie von unten «die wachsende ideelle Auseinandersetzung zwischen den stalinistischen und maoistischen Kräften einerseits und den realistischen Kräften der linken Kommunisten-Leninisten andererseits» unterstützt. Diese Demokratisierung — sie wurde 1968 in der Tschechoslowakei versucht — «zielt letztlich auf die Veränderung der Sowjetunion in eine demokratische Republik nach westeuropäischem Muster ab. Ob sie sich dann noch ‚sozialistisch‘ nannte, wäre eine zweitrangige Frage».

Bei dieser Lösung nimmt das Parteimonopol stufenweise ab, und statt dessen wird Freiheit für die Initiative der Bürger gewährt. Natürlich wäre dies ein grosser Erfolg, aber darin liegt ja eben das Elend, dass die Machthaber niemals solche Zugeständnisse machen werden, denn «eine solche Selbstliquidierung der Diktatur zieht — sogar unter Beibehaltung des Sozialismus — den Verlust der Privilegien nicht nur für die Oligarchie, sondern auch für alle professionellen Diener der Diktatur nach sich».

Die Alternative der Machthaber: «Faschismus statt Kommunismus»

Man kann sich indessen auch eine andere Entwicklung vorstellen. So die Ablösung der heutigen Parteioligarchie durch ein Militär-Polizei-Regime, das sich auf national-patriotisches Ideengut stützt.

Das wäre, «um es scharf zu formulieren, die Ablösung des Kommunismus durch den Faschismus», schreibt Redlich. Allerdings wäre es kurzsichtig, die nationale Ideologie dem Faschismus gleichzusetzen. Und «wenn sich die Verfechter der Demokratisierung auch noch lange an das Wort ‚Sozialismus‘ klammern und ihr Idealsystem (einer nationalen Lösung) ‚sozialistisch‘ nennen, so werden sich die Vertreter des nationalen Prinzips mit nicht weniger Energie gegen das Wort ‚Faschismus‘ wehren».

Ein solcher «nationaler Kurs» kann auf die Unterstützung der Bevölkerung zählen. Daran hatte schon Stalin während des Krieges gedacht: Nicht von ungefähr wurde der verspätete Krieg gegen Hitler (seit 1942) «Vaterländischer Krieg» genannt.

Die profiliertesten Vertreter der «rechten» Strömung waren — bis zu ihrer Verurteilung für «Verschwörung mit dem Ziel der Machtergreifung» — die Mitglieder des Sozial-Christlichen Bundes (vgl. ZB 17/1971), allerdings vor allem religiös motiviert. Im Gegensatz zu ihrem toleranten und freiheitsbewussten Programm war Fetissows «Wort der Nation» — das durch seine faschistische Grundeinstellung unter den Demokraten in Ost wie in West Empörung hervorrief — sehr wahrscheinlich im kommunistischen Parteimilieu ausgeheckt.

Zum national-patriotischen Kurs hat der Samisdat bislang kein konkretes Programm gebracht. «Wetsche», das Organ der Neoslawophilen, proklamierte lediglich einige Ideen, nicht aber ein Programm des praktischen Vorgehens. Deshalb versucht Redlich, selbst ein solches zu skizzieren. «Stellen wir uns eine Palastrevolution vor

Bulgarien

(Fortsetzung von Seite 5)

Valeri Petroff, der führende Dichter des Landes, und Kristo Ganeff, der Bruder des ehemaligen Erziehungsministers und Träger des Dimitroff-Preises für Literatur, aus dem Verband ausgeschlossen, weil sie sich weigerten, die Verleihung des Literatur-Nobelpreises an Alexander Solschenizyn zu kritisieren. Diese Unbotmässigkeit beschränkte sich übrigens nicht auf wenige isolierte Schriftsteller. Unzufriedenheit der Arbeiter und Streiks wurden nach den Unruhen in Polen aus verschiedenen wichtigen Gebieten Bulgariens gemeldet.

Diese Unruhen führten zu der gründlichen Säuberung der bulgarischen Gewerkschaftsführung im März 1971.

Der Schlüssel zu jeder Veränderung liegt in Moskau

Auf lange Sicht könnte die Uebertragung der sowjetisch-chinesischen Spaltung auf den Balkan den Bulgaren grösseren politischen Spielraum bieten, wenn eine stärker nationalistisch

gesonnene Führung fähig und bereit wäre, dies als Hebelkraft auszunutzen. Der misslungene Putsch vom April 1965 ist Hinweis genug, dass solche Kräfte existieren, wie untätig und machtlos sie auch nach aussen scheinen mögen.

Doch liegt der Schlüssel zur wirklichen Veränderung in Moskau. Jeder Wechsel in den Beziehungen Bulgariens zu Moskau wird von der innenpolitischen Situation der Sowjetunion bestimmt; Voraussetzung wäre entweder eine Krise innerhalb der sowjetischen Führung oder die Beschäftigung mit grundlegenden Problemen, wie dies in den Jahren 1965/66 der Fall war. Unter solchen Bedingungen könnte eine stärker nationalistisch orientierte bulgarische Führung zwar nicht alle Bindungen an den sowjetischen Block lösen, aber eine autonomere Politik verfolgen. Betrachtet man die Geschichte des Kommunismus auf dem Balkan und die Rolle, die der Nationalismus hier traditionell gespielt hat, kann eine Entwicklung in dieser Hinsicht nicht ganz ausgeschlossen werden. Aber eine solche Wendung der Ereignisse wird, wenn sie überhaupt je zu vollziehen ist, auf jeden Fall erst auf das Ende der Führerschaft Schiwkoffs warten müssen. ■